

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pöbn d

Inhalt

Rolf Linkohr MdEP zum dritten Treffen der Außenminister aus Mittelamerika und der EG in Guatemala: Die Region ist um eine Hoffnung ärmer.

Seite 1

Florian Gerster MdB zur sicherheitspolitischen Position der SPD: Reform der NATO ja, Ausstieg nein!

Seite 3

Manfred Reimann MdB zum Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung: Statistik erfaßt nur die Spitze des Eisberges.

Seite 4

Hedda Jungfer MdL zu Strauß' Forderungen nach kultureller Selbstdarstellung im Ausland: Sollen Goethe-Institute Propaganda-Einrichtungen werden?

Seite 6

42. Jahrgang / 30

12. Februar 1987

Mittelamerika ist um eine Hoffnung ärmer

Die Europäische Gemeinschaft hat in Guatemala eine Chance verspielt

Von Rolf Linkohr MdEP
Vizepräsident der Delegation EP-Mittelamerika

Das dritte Treffen der Außenminister aus Mittelamerika und der EG in Guatemala markiert eine bedauerliche Wende. Auf beiden Seiten macht sich Enttäuschung breit. Die Europäer hatten in den vergangenen Jahren Erwartungen geweckt, die sie nicht einhalten können. Die materielle Hilfe blieb weit unter dem versprochenen Wert. Das Desinteresse der Europäer wird zusätzlich durch die Abwesenheit von acht Außenministern unterstrichen, die sich durch Staatssekretäre haben vertreten lassen.

Aber auch die mittelamerikanischen Staaten waren nicht sehr hilfreich. Die Konflikte in der Region nahmen nicht ab, sondern eher zu. Unsicherheit stärkt aber nicht das Gewicht der Lateinamerikaner. Die Contadora-Initiative verlor an Schwung, sie blieb im Anlauf stecken. Offenbar haben die meisten die Hoffnung aufgegeben, die Contadora-Gruppe könnte noch etwas zum Frieden beitragen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Pressemarkt Einheitspreis
für den Einzelverkauf
Reinhold-Verlag



Die Haltung der Europäer ist dennoch als kleinmütig und konzeptionslos zu bewerten. Die Gemeinschaft könnte sichtbare und großzügige Hilfe zur Verringerung der sozialen Not und Hoffnungslosigkeit in Zentralamerika leisten und die politische Abhängigkeit von den USA mindern helfen, ohne in den Verdacht eines neuen Imperialismus zu geraten. Der gewollte Rückzug der Europäer aus dieser Region kann deshalb nur so verstanden werden, daß Zentralamerika wirklich als der Vorhof der USA betrachtet wird, in dem den Europäern nur beschränkte Präsenz erlaubt ist. Nach dem hoffnungsvollen Anlauf von San Jose vor einigen Jahren, hinterläßt die EG jetzt einen Scherbenhaufen.

Besonders verwerflich ist der Vorschlag des belgischen Außenministers, die Hilfe für Nicaragua zu kürzen, den Nachbarstaaten dafür aber etwas mehr zu geben. Offenbar spricht Tindemans dabei stellvertretend für seine übrigen Kollegen aus Europa. Es wäre klüger gewesen, die Hilfe für Nicaragua zu erhöhen, dann die Nachbarstaaten erhalten bereits beträchtliche bilaterale Hilfe der EG-Mitgliedstaaten. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß Nicaragua in einen unerklärten Krieg mit den Contras steht, die bekanntlich große Mengen an Waffen und Geld aus den USA erhalten. Mit der Kürzung der Hilfe für Nicaragua wird dieses Land nur noch stärker in die Isolation getrieben.

(-/12.2.1987/vo-he/rs)

* * *



Reform der NATO ja, Ausstieg nein!

Die Westintegration der Bundesrepublik steht nicht zur Debatte

Von Florian Gerster MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Sicherheit und Frieden der SPD Rheinland-Pfalz

Die Reform der NATO ist notwendig. Forderungen nach einem Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland sind kein konstruktiver Beitrag für Entspannung und Abrüstung, sondern sie lenken das politische Interesse in eine falsche Richtung.

Mit dem Godesberger Programm 1959 und der berühmten Rede von Herbert Wehner im Deutschen Bundestag 1960 hat die SPD eine klare programmatische Entscheidung für das Ja zur Westintegration der Bundesrepublik Deutschland getroffen. Diese Entscheidung steht auch heute nicht zur Debatte. Außenpolitischen Spielraum erhält sich die bundesdeutsche Politik nur durch eine klare Verankerung in der westlichen Staatengemeinschaft.

Auch die Forderung nach einem Austritt aus der militärischen Integration der NATO ist abwegig, da die Situation Frankreichs oder Spaniens mit der der Bundesrepublik Deutschland nicht vergleichbar ist. Die Bundeswehr ist die stärkste konventionelle westeuropäische Streitmacht; der westdeutsche Verteidigungsraum beginnt unmittelbar an der Trennlinie zwischen NATO und Warschauer Pakt; eine glaubwürdige konventionelle Verteidigung in Mitteleuropa ist ohne Beteiligung der affiierten Partner in der Bundesrepublik kaum denkbar.

Ein Herauslösen der Streitkräfte der Bundesrepublik aus dem Bündnis würde die westliche Allianz kaum überleben können. Die Situation in Europa und darüber hinaus würde in hohem Maß destabilisiert werden.

Die Forderung der Grünen nach einem völligen und sofortigen Ausstieg aus dem Bündnis und einen drastischen Abbau militärischer Präsenz ohne entsprechende Bereitschaft zur Abrüstung auf östlicher Seite zeigt, warum die Grünen auf Bundesebene derzeit für die Sozialdemokraten „koalitionsunfähig“ sind.

Die sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderung in der Friedens- und Sicherheitspolitik hat der Nürnberger Bundesparteitag der SPD im Vorfeld der Bundestagswahl beschlossen: Initiativen für eine „zweite Phase der Entspannungspolitik“; Strukturformen des Bündnisses und der Streitkräftenstruktur mit dem Ziel, die atomare Abschreckung zu überwinden - hin zu einem vereinbarten System gemeinsamer Sicherheit zwischen Ost und West. Im Rahmen dieses Gesamtkonzeptes hat die Reform des westlichen Bündnisses einen hohen Stellenwert.

Wir müssen in der NATO die Zeit nach Ronald Reagan vorbereiten! Ein grundlegender Wandel in der Sicherheits- und Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist erkennbar. Die demokratische Mehrheit in den beiden Häusern des amerikanischen Parlaments wird den Krieg der Sterne verhindern können und das gefährliche Streben nach militärischer Überlegenheit beenden. Wie in den 70er Jahren sollte es bald wieder möglich sein, zwischen Europa und den USA über die Wiederbelebung der Entspannungs- und Abrüstungspolitik Vereinbarungen zu erzielen. Der Kurswechsel in Moskau fordert eine westliche Antwort geradezu heraus. (-/12.2.1987/vo-he/rs)

* * *

Unfälle und Gesundheitsverschleiß gehören zum Arbeitsalltag

Die Statistik der Bundesregierung erfaßt nur die Spitze des Eisberges

Von Manfred Reimann MdB

Aufgrund des Paragraphen 722 Reichsversicherungsordnung erstellt die Bundesregierung jährlich einen Unfallverhütungsbericht, der Aufschluß über den Stand der Unfallverhütung und über das Unfallgeschehen in der Bundesrepublik geben soll.

Darüber hinaus legt die Bundesregierung seit 1976 einen sogenannten „Großen Bericht“ als Gesamtüberblick des Unfallgeschehens einmal in jeder Legislaturperiode vor.

In ihrem neuesten Großen Bericht vom Dezember 1986 gibt sich die Bundesregierung alle Mühe, in der Senkung der Arbeitsunfälle in den Jahren 1983 bis 1985 erhebliche Fortschritte festzustellen.

Tatsache ist, daß die Zahl der von den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung angezeigten Arbeitsunfälle im Jahr 1985 um 19.082 Fälle oder 1,3 Prozent auf 1.536.090 gestiegen ist. Die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle ist im Berichtsjahr um 6,4 Prozent auf 1.795 zurückgegangen. Als weitere positive Bilanz läßt sich feststellen, daß 1985 erstmals weniger als 50.000 Arbeitsunfälle entschädigt wurden, sei es durch Zahlung einer Rente, einer Abfindung oder eines Sterbegeldes.

Des weiteren versucht der Bericht Aufschluß über die Häufigkeit von Berufskrankheiten zu geben: Die Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit stiegen 1985 um 5,8 Prozent auf 37.457. Hierbei liegen Anzeigen wegen schweren Hauterkrankungen heute an der Spitze der Berufskrankheiten-Meldungen. Der Bericht nennt den vermehrten Einsatz von Chemikalien und die Zunahme der Empfindlichkeit der Versicherten gegenüber diesen Substanzen als Grund für diesen Umstand.

Leider beschränkt sich der Bericht auf die Aussagen der Versicherungsstatistik. Er gibt kaum Aufschluß über die Alltagsrealität der Arbeitnehmer in den Betrieben, über das tatsächliche Ausmaß an Arbeitsunfällen und langfristige Beeinträchtigungen der Gesundheit am Arbeitsplatz.

Die regierungsoffizielle Statistik verkennt folgende Problematik:

1. Nach der Rentenversicherungsordnung (RVO) sind Unfälle erst meldepflichtig, die zu einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen führen. Die Dunkelziffer der nicht gemeldeten Arbeitsunfälle ist sehr hoch und dürfte sich bei einer momentanen Massenarbeitslosigkeit von 2,5 Millionen allein aus der Angst der Betroffenen vor dem Verlust des Arbeitsplatzes weiter erhöhen. Diese Entwicklung wird durch innerbetriebliche Prämiensysteme (Prämierung niedriger Unfallzahlen) begünstigt. Entsprechend tauchen diese Unfälle in der Statistik nicht auf und verschleppte Verletzungsfolgen können später nicht mehr als arbeitsbedingte Erkrankungen diagnostiziert werden. Hinzu kommt, daß es bei einem Überangebot an Arbeitskräften für den Arbeitgeber besonders leicht ist, sein Personal nach gesundheitlichen Kriterien auszusuchen.
2. Die statistisch erfaßten gesetzlich anerkannten Berufskrankheiten machen nur einen Bruchteil der arbeitsbedingten Erkrankungen aus. Nach der Reichsversicherungsordnung muß zur Anerkennung einer Berufskrankheit ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Erkrankung und bestimmten Einwirkungen ausschließlich bei der Arbeit nachgewiesen werden. So sind bei den derzeit anerkannten Berufskrankheiten die Ursachen durch bestimmte physikalische und chemische (Schadstoff-)Einwirkungen nachzuweisen.



Die Dunkelziffer der Berufskrankheiten ist weitaus höher.

Hier sollte die Beweislast nicht länger bei den betroffenen Arbeitnehmern und ihren Angehörigen liegen, sondern umgekehrt den Unternehmern als den sozial Starken übertragen werden. Dies läßt sich am Beispiel Asbest verdeutlichen:

Während pro Jahr circa 100 asbestbedingte Tumorerkrankungen nachgewiesen und von den Berufsgenossenschaften entschädigt werden, gehen Experten davon aus, daß jährlich mindestens 1.000 Personen durch diese Krankheit den Tod finden. Andere Krankheiten wie bösartige Gewebeveränderungen, rheumatische Erkrankungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die heute nicht nur zu den Haupttodesursachen in der Bundesrepublik gehören, sondern auch am häufigsten zur Frühinvalidität führen, werden sehr selten als Berufskrankheiten anerkannt. Oft genug sind die Zusammenhänge zwischen den Erkrankungen und ihren arbeitsbedingten Ursachen weder den Betroffenen noch den Ärzten klar. Aber selbst wenn durch medizinische Gutachten eine Berufskrankheit bestätigt wird, so muß der Betroffene in der Regel eine Minderung der Erwerbstätigkeit um 20 Prozent nachweisen können, um entschädigt zu werden. In langwierigen Anerkennungsverfahren bleiben die Ansprüche der erkrankten Arbeitnehmer nur zu oft auf der Strecke. So wurden zum Beispiel von 11.602 angezeigten schweren Hauterkrankungen 1985 nur 460 erstmals entschädigt. Die Diskrepanz zwischen Anzeigen und Entschädigung ist nicht von der Hand zu weisen.

3. Auch die tödlich verlaufenden Berufskrankheiten werden von der offiziellen Statistik nur völlig unzureichend ausgewiesen. Es werden lediglich die Fälle erfaßt, bei denen das Opfer vor seinem Tod noch im Arbeitsleben stand und keine Rente bezog. Alle, die im Ruhestand an den Folgen berufsbedingter Erkrankungen sterben, werden nicht erfaßt.

Es ist mehr als zweifelhaft, von der offiziellen Statistik auf den Stand der Gesundheitssituation in den Betrieben zu schließen, wenn viele berufsbedingte Krankheiten durch die heutige medizinische und juristische Anerkennungspraxis ausgeschlossen werden. Geltendes Recht muß endlich vollzogen werden.

Auf neue Unfallgefahren und arbeitsbedingte Erkrankungen wie Monotonie, vergrößertes Arbeitstempo und die Folgewirkungen der Einführung neuer Technologien am Arbeitsplatz muß schneller reagiert werden. Den Folgen psychischer Belastung am Arbeitsplatz muß endlich Rechnung getragen werden.

Auch die Bundesregierung hat erkannt, daß eine rein statistische Verwaltung berufsbedingter Erkrankungen der Realität nicht gerecht wird. Aber auch dem Vorschlag, Ergebnisse aus der Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens stärker zu berücksichtigen, muß mit Skepsis begegnet werden. Mit der Zusammenarbeit von Statistik und Forschung ist den betroffenen Arbeitnehmern nur wenig geholfen. Die derzeitige Praxisfeme wird fortgesetzt.

Wir dürfen nicht außer acht lassen, daß die Arbeitnehmer neben ihrer Arbeitskraft auch ihre Gesundheit am Arbeitsplatz einbringen und leider auch durch Arbeitsunfälle und arbeitsbedingte Einwirkungen mit ihrem Leben bezahlen. Die Unternehmer beziehungsweise die Kapitaleigner bringen in ihrer Funktion lediglich das Kapital ein. Deshalb müssen die Arbeitnehmer mehr als die Unternehmer an der Inanspruchnahme und Ausweitung von Schutz- und Mitbestimmungsrechten interessiert sein.

Wir fordern deshalb eine verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmer am Arbeitsschutz und an der Gesundheitsvorsorge in den Betrieben. Die Rechte der Betriebsräte, Vertrauensleute und Belegschaften müssen erweitert werden. Dazu hat die SPD beispielsweise in ihrem Konzept für eine neue Chemiepolitik einen Maßnahmenkatalog vorgeschlagen.

(-/12.2.1987/va-he/rs)

* * *



Sollen Goethe-Institute Propaganda-Einrichtungen werden?

Zu den Attacken des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß

Von Hedda Jungfer MdL
Stellvertretende Vorsitzende der SPD im Bayerischen Landtag

Werden die 148 Goethe-Institute in 66 Ländern künftig verpflichtet, mindestens jährlich einmal den - für die meisten Menschen, Deutsche wie Ausländer, ziemlich unverständlichen - „Faust“ aufzuführen? Muß in Zukunft bei Veranstaltungen der Goethe-Institute am Anfang oder am Ende „Sah ein Knab ein Röslein stehen“ gesungen werden? Spaß beiseite. Es wird nämlich ernst.

Könnte man die Attacken des CSU-Vorsitzenden Strauß gegen die Goethe-Institute im Juni letzten Jahres noch als Vorwahlkampfverrenkungen abtun, müssen die neuerlichen Angriffe von Strauß just zu Beginn der Bonner Koalitionsverhandlungen als Versuch gewertet werden, die Goethe-Institute als Hebel gegen die bisherige außenpolitische Linie zu benutzen. Strauß schlägt sozusagen den „Sack“ Goethe und meint den „Esel“ Genscher. In seinem Eifer scheut er nicht davor zurück, mit Informationen von anonymen Denunzianten (etwa über angebliche kommunistische Deutsch-Lehrer am Goethe-Institut in Athen) zu operieren und seine dubiosen Erkenntnisse im rechtsnationalen „Deutschland-Magazin“ zu publizieren.

„Personelle Konsequenzen“ fordert Strauß, gibt also unverblümt zu, daß die Leitung der Goethe-Institute nach parteipolitischen Gesichtspunkten umbesetzt werden soll. Und der Sonderminister Stoiber ließ in einer Erklärung letzte Woche die Katze vollends aus dem Sack: Im Auswärtigen Amt müsse es künftig eine „politisch verantwortliche Instanz für die auswärtige Kulturpolitik“ geben. Das heißt im Klartext, Strauß will Genscher einen Aufpasser ins Amt setzen - etwa den CSU-Abgeordneten Hans Klein als Staatssekretär?

In der Sache sind die Strauß-Klagen über die Goethe-Institute - sie würden ein „verzerrtes, verengtes und verdüstertes Bild der Bundesrepublik“ malen - ziemlich unsinnig. Was soll denn anders werden? Sollen das „Deutschland-Magazin“ und der „Bayernkurier“ ausgelegt werden? Sollen Brecht, Lion Feuchtwanger, Oskar Maria Graf, Grass, Böll verbannt werden? Wenn das geschehen soll, dann müßten konsequenterweise auch Schiller, Heine, Kleist aussortiert werden. Denn diese Dichter haben ebenso sich kritisch mit ihrer Zeit auseinandergesetzt und wurden von der Staatsgewalt mißtrauisch beäugt, wenn nicht verfolgt. Deutsche Kultur besteht nicht nur aus Goethe - bei allem Respekt vor seinem Genie. Goethe selbst würde Strauß wohl antworten: „Sei er kein schellenlauter Tor!“ (Faust 549)

Ich habe die Strauß-Attacken auf die Goethe-Institute nun parlamentarisch aufgegriffen und im Landtag folgende Fragen eingebracht:

1. Sollen nach dem Willen der Staatsregierung die Goethe-Institute im Ausland statt wie bisher das reiche und vielfältige kulturelle Leben unseres Landes darzustellen, künftig lediglich Propagandadienste im Interesse nationaler Außenpolitik leisten?
2. Was versteht die Staatsregierung unter „bewährter Kultur“ in Abgrenzung zur dann offensichtlichen Unkultur?
3. Vermag die Staatsregierung zuzugestehen, daß die beklagte überwiegend kritische Auseinandersetzung von Schriftstellern mit der Realität für den Fortschritt unverzichtbar ist - und auch die meisten „Klassiker“ in ihrer Zeit beseelte?
4. Ist die Staatsregierung mit mir der Meinung, daß eine konstruktive Diskussion über die Arbeit der Goethe-Institute mit Vorschlägen eingeleitet werden sollte, welche Themen oder Richtungen künftig stärker zu akzentuieren seien, statt mit pauschalen, anonymen Vorwürfen einfach Stimmung zu machen und personelle Konsequenzen zu fordern?

(-/12.2.1987/vo-he/rs)

* * *

